

Ursula Münch  
Heinrich Oberreuter (Hg.)



# Die neue Offenheit

Wahlverhalten und Regierungsoptionen  
im Kontext der Bundestagswahl 2013



AKADEMIE FÜR  
POLITISCHE  
BILDUNG TUTZING

campus



Die neue Offenheit

*Prof. Dr. Ursula Münch* leitet die Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

*Prof. Dr. Heinrich Oberreuter* lehrte Politikwissenschaft an der Universität Passau.

*Jörg Siegmund*, M. A., ist wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Ursula Münch, Heinrich Oberreuter (Hg.)

# Die neue Offenheit

Wahlverhalten und Regierungsoptionen  
im Kontext der Bundestagswahl 2013

Unter Mitarbeit von Jörg Siegmund

Campus Verlag  
Frankfurt/New York



Eine Veröffentlichung der  
Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1, 82327 Tutzing  
[www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.  
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50161-1 Print  
ISBN 978-3-593-42451-4 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.  
Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main  
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln  
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza  
Printed in Germany

[www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

Vorwort .....	9
---------------	---

## I. Einführung

Wahlen, Parteiensystem, Regierungsbildung: Deutschland 2013 <i>Heinrich Oberreuter</i> .....	13
---	----

Wahlen in Deutschland Kritische Anmerkungen zur Schlüsselinstitution unserer Demokratie <i>Jörg Siegmund / Ursula Münch</i> .....	29
---	----

## II. Wahlergebnis und Wahlverhalten

Deutsche vertrauen weiterhin auf Angela Merkel Eine Analyse der Bundestagswahl 2013 <i>Richard Hilmer / Jürgen Hofrichter</i> .....	61
---	----

Das politische Klima vor und nach der Bundestagswahl 2013 <i>Thomas Petersen</i> .....	83
---	----

Wechselwirkungen zwischen Bundestagswahl und bayerischer Landtagswahl 2013 <i>Matthias Jung</i> .....	105
---	-----

Strategisches Wählen und Wahlabsprachen unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts <i>Joachim Behnke</i> .....	117
--	-----

### III. Wahlkampfstrategien und -kommunikation

Der SPD-Wahlkampf im Spannungsfeld von Stabilitätspatriotismus versus soziale Gerechtigkeit <i>Christian Kellermann / Benjamin Mikfeld</i> .....	139
Asymmetrische Demobilisierung – Mär oder Strategie? <i>Viola Neu</i> .....	149
Probleme der Mehrheitsfindung: Strategien der Kleinparteien für die Bundestagswahl 2013 <i>Ralf Tils</i> .....	167
Wahlkampf: Themen, Instrumente, Strategien <i>Frank Brettschneider</i> .....	177
Ein neuer Blick auf Politikverdrossenheit Kompetenzgefühle und Einstellungen zur Politik angesichts komplexer Themen im Wahlkampf <i>Wolfgang Donsbach / Martin Degen / Isabelle Freiling / Anna-Maria Schielicke / Cornelia Mothes</i> .....	199
Formate in der Wahlkampfberichterstattung der deutschen Tagespresse 2013 <i>Melanie Leidecker / Jürgen Wilke</i> .....	221
Meinungsklimawahrnehmung im Bundestagswahlkampf 2013 Urteile über die Beliebtheit von Parteien und Erwartungen an deren Abschneiden bei der Wahl <i>Thomas Zerback / Carsten Reinemann / Angela Nienierza</i> .....	249
2013 – eine Wahl ohne Wissen? Analyse der Entpolitisierung der Wahlkampfberichterstattung in deutschen Printmedien <i>Kerstin Reinisch</i> .....	269



---

Raabisierung von Wahlkämpfen in Zeiten rückläufiger Wahlbeteiligung? Ein Blick auf das Fernsehduell 2013 <i>Thorsten Faas</i> .....	287
 IV. Parteiensystem und Regierungsbildung	
Nichts ist mehr, wie es einmal war: Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013 <i>Oskar Niedermayer</i> .....	311
Dynamik und Konstanz: Das deutsche Parteiensystem im Spiegel der Bundestagswahl 2013 <i>Karl-Rudolf Korte</i> .....	327
Die Bundestagswahl als Critical Election: Zum Realignment des deutschen Parteiensystems <i>Ulrich von Alemann</i> .....	347
Große Koalitionen in den deutschen Bundesländern 1949–2013 <i>Tim Spier</i> .....	359
Autorinnen und Autoren.....	387



# Vorwort

Der vorliegende Band zur Bundestagswahl 2013 setzt eine Publikationsreihe fort, die anlässlich der Wahl 1994 begründet wurde und seither auf großes Interesse gestoßen ist. Nahezu alle Beiträge gehen auf eine Kooperationsstagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen zurück – auch das eine ebenso verlässliche wie produktive Tradition. Bewährt hat sich überdies der breite Zugriff auf das Thema, denn neben dem obligatorischen Blick auf Wahlergebnis und Stimmverhalten werden auch die Wahlkampfstrategien der Parteien sowie die Berichterstattung in den Medien und andere Formen der Wahlkampfkommunikation in die Analyse einbezogen. Beiträge zu den Auswirkungen des Urnengangs auf die Parteienlandschaft und künftige Koalitionsoptionen runden die Untersuchung ab.

Nachdem mit der Bundestagswahl 2009 das »Ende der Gewissheiten« über das Wahlverhalten und die parteipolitische Lagerbildung erreicht war, so die titelgebende Kernthese des entsprechenden Bandes, ist mit dem jüngsten Wahlergebnis keine Trendumkehr verbunden. Neue Gewissheiten sind (noch) nicht in Sicht. Alles andere müsste auch sehr verwundern, denn die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse dauern unvermindert an. Als Charakteristikum der Bundestagswahl 2013 erweist sich vielmehr eine mit der Erosion vertrauter Wirkungszusammenhänge verbundene Offenheit. Sie äußert sich etwa in der nochmals gestiegenen Volatilität des Wahlverhaltens, die die Bereitschaft der Wähler einschließt, neuen Parteien ihre Stimme zu geben. Damit verändern sich nachhaltig die Koordinaten des deutschen Parteiensystems, dessen Protagonisten zudem erkennbar bemüht sind, neue Bündnisoptionen auszuloten.

Unser Dank gilt in erster Linie den Verfassern der Beiträge, die einen fundierten Einblick in verschiedene Forschungsfelder im Kontext der Bundestagswahl bieten. Danken möchten wir auch Dr. Thomas Schöderle für die gewohnt souveräne redaktionelle Betreuung des Manuskripts. Darüber

hinaus geht ein herzlicher Dank an Jörg Siegmund, M.A., der durch seine intensive Mitarbeit das Projekt von der Tagungsvorbereitung bis zur Buchveröffentlichung maßgeblich unterstützt hat. Und schließlich sind wir dem Campus Verlag und namentlich Jürgen Hotz zu Dank verpflichtet, der diese Wahlanalyse in das Verlagsprogramm aufgenommen und ihr Erscheinen mit großem Interesse begleitet hat.

Tutzing/Passau, im Frühsommer 2015

*Ursula Münch / Heinrich Oberreuter*

# I. Einführung



# Wahlen, Parteiensystem, Regierungsbildung: Deutschland 2013

*Heinrich Oberreuter*

## 1. Auf dem Weg in die Große Koalition

Seit dem Wahlabend des 22. September 2013 war Deutschland auf dem Weg in eine Große Koalition, den das Wahlergebnis wies. Schwarz-Gelb war nicht mehr möglich, für Rot-Grün reichte es bei Weitem nicht und Rot-Rot-Grün war nie ein ernsthaft in Erwägung gezogenes Modell.<sup>1</sup> In gleiche Richtung wies das Erfordernis einer stabilen Regierung, nicht zuletzt auch angesichts der keineswegs ausgestandenen Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum. Sie ließ im Grunde keine andere Wahl. Ähnliches gilt für die Konstellation zwischen Bundestag und Bundesrat. Im Bundesrat ließ sich gegen die SPD keine Mehrheit bilden. Und 40 Prozent der Gesetze bedürfen der Zustimmung dieser zweiten Kammer. Angesichts dieser Konstellation war die Koalitionsbildung vorgezeichnet, auch wenn große – oder besonders artikulationsstarke – Teile der SPD sie nur widerwillig akzeptierten. Die Mitgliedschaft von 15 Landesministerpräsidenten bzw. Landesministern in den Verhandlungskommissionen für den Koalitionsvertrag belegt die Relevanz des Föderalismus für erfolgreiches Regieren in Berlin. Gleichwohl ist der Weg zur Regierungsbildung 2013 der längste in der Geschichte der Republik gewesen.

Sondierungen zwischen SPD, Linken und Grünen hat es, trotz aller Avancen der Linken, nicht gegeben. Die Sondierungen zwischen Schwarz (Union) und Rot (SPD) verliefen von Beginn an konstruktiv und koopera-

---

<sup>1</sup> Für das im Wahlkampf partiell favorisierte Lagermodell gab es keine hinreichende Resonanz bei den Wählern, sodass hinreichende Substanz bei den Parteien nicht auf die Probe zu stellen war. Vgl. dazu Roland Sturm, Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2013: lagerübergreifend und langwierig, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg. (1/2014), S. 207–230; Frank Decker / Eckhardt Jesse (Hrsg.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich*, Baden-Baden 2013.

tiv, die zwischen Schwarz und Grün zumindest sachorientiert und trotz fortbestehender wesentlicher Dissenspunkte (speziell zur Energiepolitik) in einem unerwartet positiven Kommunikationsklima. Dies schien alle Beteiligten zu überraschen, die Grünen in Verbindung mit ihrem bevorstehenden umfassenden Personalumbau auch zu überfordern, wenn nicht zu ängstigen.<sup>2</sup> Schwarz-grüne Koalitionschancen erscheinen in der Zukunft wahrscheinlicher, auch weil beide Parteien an einer Erweiterung ihrer Optionen interessiert sein müssen, um nicht im Kern an einen einzigen Partner gefesselt zu sein. Nicht zuletzt deswegen wurde die Koalition in Hessen (wo am gleichen Tag gewählt worden war) möglich, für die es eigentlich historisch, ideologisch und klimatisch in Deutschland mit die schlechtesten Aussichten gegeben hatte.

Die Basis der SPD und ihr linker Flügel besaßen bis zuletzt erhebliche Vorbehalte. Diese stützten sich auf das desaströse Wahlergebnis von 2009 (-11,9 Prozentpunkte), nach der letzten Großen Koalition. Angeblich sei es durch die Mitarbeit in dieser Koalition und die Ausstrahlung der Kanzlerin verursacht gewesen. Beide Parteien waren jedoch numerisch und politisch gleich stark. In Wahrheit waren tiefe Zerwürfnisse in der SPD und erhebliche Führungskrisen für deren Niedergang verantwortlich. Sie verschliss in dieser Zeit fünf Parteivorsitzende. Die Querelen waren nicht zuletzt auf jenen linken Parteiflügel zurückzuführen, der nun 2013 starke Bedenken trug. Mit deren falschen Begründungen kämpfte er nicht nur um seinen Positionsvorteil, sondern suchte zugleich in der innerparteilichen Diskussion seine Fehler von 2009 zu überspielen. Einerseits war es der jetzigen Führung nach den ersten Sondierungen relativ gut gelungen, im Parteikonvent (einem Gremium der mittleren Funktionärsschicht) eine Mehrheit für den Eintritt in Koalitionsverhandlungen zu gewinnen. Andererseits bestanden allem (erzeugten?) Anschein nach Bedenken an der Basis fort. Selbst von Mitgliedern des Kompetenzteams des Kanzlerkandidaten Steinbrück war informell zu hören, es werde nicht einfach sein, Zustimmung zum noch auszuhandelnden Koalitionsvertrag zu gewinnen.

Dies war nicht nur ein Druckmittel gegen die Union, bei dessen Aushandlung sozialdemokratischen Essentials zuzustimmen. Denn die SPD hatte den definitiven Beitritt zu einer Koalition mit CDU und CSU einem positiven Votum ihrer 470 000 Mitglieder unterworfen. Für solch einen

---

2 Wolfgang Schäuble im Gespräch, »Ich sah den Angstschweiß der Grünen«, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 22. Dezember 2013, S. 6.



Mitgliederentscheid gilt ein Quorum von 20 Prozent, das heißt gut 90 000 Mitglieder müssen sich beteiligen, eine Mehrheit davon muss zustimmen. Im Ernstfall hätten etwa 50 000 Stimmen über die Regierungsbildung entscheiden können. Angesichts von 62 Millionen Wahlberechtigten, über 44 Millionen Wählern und über 11 Millionen Stimmen für die SPD (und 18 Millionen für CDU/CSU) ist diese Entscheidungsmacht einer privilegierten Minderheit (selbst innerhalb der Partei) ein – natürlich nicht verfassungserheblicher – Widerspruch gegen das Prinzip repräsentativer Demokratie, nicht zuletzt gegen die Verantwortung der Mandatsträger. Schließlich nahmen unerwartete 78 Prozent der Mitglieder teil, 75,96 Prozent von ihnen votierten positiv und brachten die Debatte an ihr Ende.

Auf der anderen Seite hatte sich auch innerhalb der Union Kritik geäußert. Sie fürchtete allzu weitgehende, vor allem sozialpolitische Zugeständnisse an die SPD, für welche CDU und CSU an den Wahlurnen keine ausreichende Zustimmung erhalten hätten. Merkel und Seehofer, die beide diese Koalition wollten, forderte diese Kritik jedoch nicht wirklich heraus. Schließlich war das Wahlprogramm der CDU im Wesentlichen die dritte Kanzlerschaft für Angela Merkel gewesen. Zwischendurch hatte auch der SPD-Vorsitzende Gabriel geäußert, es wäre unrealistisch, eine absolute Durchsetzung sozialdemokratischer Positionen zu erwarten.

Allerdings ist es eine Paradoxie, dass CDU und CSU nach einem unerwartet hohen Wahlsieg mit erheblich gesteigerten Stimmen- und Mandatspotenzialen von verminderter politischer Durchsetzungskraft auszugehen haben. Wäre die Koalition mit der SPD gescheitert, wären als Alternative aber voraussichtlich nur Neuwahlen geblieben. An ihnen konnte die Union kaum interessiert sein. Die SPD dagegen musste sie geradezu fürchten, weil ihr und ihren Mitgliedern die Hauptschuld am Versagen der Parteien bei der Regierungsbildung (und damit an einer Krise des Parlamentarismus) zugefallen wäre.

Für die Einwurzelung der pluralistisch-demokratischen politischen Kultur ist von Interesse, dass frühzeitig eine rege Diskussion darüber entstanden ist, wie eine derart große Koalition die Alternativ- und Kontrollfunktion einer kleinen Opposition schwächen könnte, deren beide Fraktionen nicht einmal gemeinsam die Quoren zur Wahrnehmung wichtiger Minderheitenrechte erreichen. In der Tat ist oppositionelle Entfaltungsfreiheit (neben der freien Wahl) das schlechthin entscheidende Kriterium einer parlamentarischen Demokratie. Bei der konstituierenden Sitzung des Bundestages erinnerte Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner An-

trittsrede zutreffend an die eigenen Rechte der Minderheit.<sup>3</sup> Diskutiert wurde sogar eine Grundgesetzänderung zugunsten der Opposition. Allerdings empfehlen sich von aktuellen Stimmverhältnissen abhängige Manipulationen am Recht nicht, weil sie unter anderen Umständen auch als Präzedenz für missbräuchliche Intentionen dienen könnten. Selbst die Geschäftsordnung ist dafür anfällig. Um sie im Kern unangetastet zu lassen, wurde ein Ausnahmeparagraf über »Besondere Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode« aufgenommen, der exakt für diese Zeit von den üblichen Quoren absieht und unter anderem die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und Enquetekommissionen ermöglicht. Sogar der Oppositionszuschlag bei der Zuwendung von Geld- und Sachleistungen an die Fraktionen wurde von 10 auf 15 Prozent erhöht.<sup>4</sup> Darüber hinaus wird die übergroße Mehrheit informell an großzügig kooperative Prozeduren in der parlamentarischen Praxis erinnert. Geradezu absurd ist aber die Meinung gewesen, geboten sei zur Stunde – und zwar demokratiethoretisch! – eine Minderheitenregierung der Union, um den »drei Parteien links der Mitte die Chance« zu eröffnen, »sich Schritt für Schritt bis zur nächsten Bundestagswahl zusammenzurufen und damit die Voraussetzung für einen Machtwechsel zu schaffen«.<sup>5</sup> Die Demokratie lebe vom Wechsel zwischen Regierung und Opposition. Offensichtlich käme es aber aus dieser Sicht nicht mehr auf Regierungsfähigkeit, Stabilität und aktuellen Wählerwillen an. Und der stärksten Fraktion sollte offenbar auferlegt werden, die Aktions- und Kooperationsbedingungen der breiten politischen Konkurrenz zu verbessern, ihr als eigentlicher Mehrheit implizit sogar Vetopositionen einzuräumen – und sich dadurch selbst zu schwächen.

---

3 »Die Kultur einer parlamentarischen Demokratie kommt weniger darin zum Ausdruck, dass am Ende Mehrheiten entscheiden, sondern darin, dass Minderheiten eigene Rechtsansprüche haben, die weder der Billigung noch der Genehmigung durch die jeweilige Mehrheit unterliegen. [...] Die Minderheit muss wissen, dass am Ende die Mehrheit entscheidet, was gilt, und die Mehrheit muss akzeptieren, dass bis dahin – und darüber hinaus – die Minderheit jede Möglichkeit haben muss, ihre Einwände, ihre Vorschläge, wenn eben möglich auch ihre Alternativen zur Geltung zu bringen.« Norbert Lammert, Rede zur Amtsübernahme des Präsidenten des 18. Deutschen Bundestages am 22.10.2013, in: Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht der 1. Sitzung (Plenarprotokoll 18/1), Berlin 2013, S. 7.

4 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/481.

5 Richard Stöss, Stabile Demokratie. Leserbrief, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Oktober 2013, S. 17.

Für die hier in ihren Grundzügen beschriebene Übergangssituation bis zur Bildung der neuen Bundesregierung ist das Wahlergebnis vom 22. September 2013 verantwortlich.

## 2. Das Wahlergebnis

Wie ist dieses Wahlergebnis zu interpretieren, das diese teils neue, teils paradoxe, besonders aber unerwartete Situation herauf beschworen hat?<sup>6</sup>

### 2.1 Zur Situation des Parteiensystems

a) 2013 könnte als Beginn einer Erholung der Volksparteien (*catch-all-parties*) betrachtet werden. Diese hatten nach jahrzehntelangem Aufstieg seit 1976 (CDU/CSU und SPD 91,2 Prozent) etwa 35 Prozentpunkte verloren (2009: 56,8 Prozent) und weniger Zustimmung erfahren als zu Beginn der Bundesrepublik (1949: 60,2 Prozent). Kleinere interessensspezifisch orientierte Parteien hatten dagegen zugelegt. Zu registrieren ist nun eine Umkehr: 2009 verloren die beiden Großen gemeinsam 12,6 Prozentpunkte. Die drei kleineren Parlamentsparteien (FDP, Grüne, Linke) gewannen gemeinsam 10,6 Prozentpunkte. 2013 gewannen nun die Großen 10,4 Prozentpunkte, die drei Kleineren verloren 15,4 Prozentpunkte.

Ähnliches zeigte sich bei den Landtagswahlen in Bayern (am 15. September) und Hessen (am 22. September) mit Gewinnen für CSU und SPD bzw. CDU und SPD von 6,3 Prozentpunkten (Bayern) bzw. 8,1 Prozentpunkten (Hessen) und Verlusten der Kleineren von 6,7 Prozentpunkten (Bayern) bzw. 14,0 Prozentpunkten (Hessen).

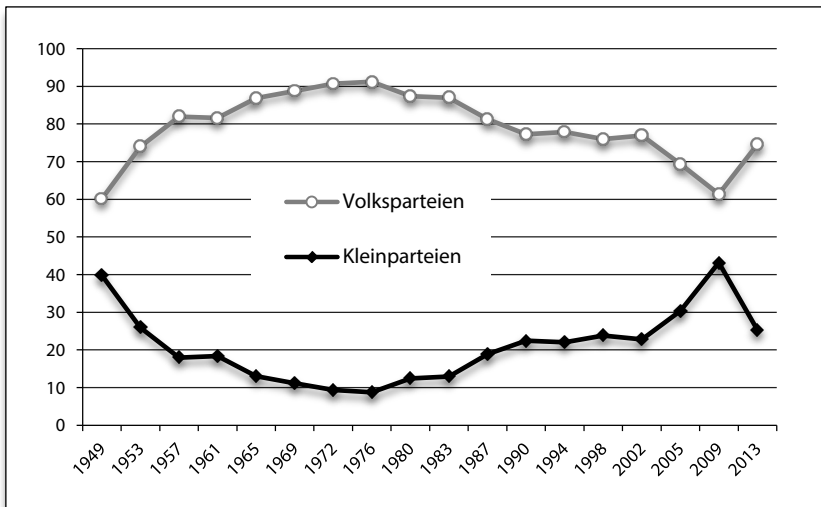
Für die Stabilität des Regierungssystems ist die Stabilisierung der Volksparteien durchaus bedeutungsvoll. Schließlich legen sie in der Regel ein koordiniertes politisches Gesamtprogramm vor und adressieren keine

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu inzwischen u.a.: Richard Hilmer / Stefan Merz, Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Merkels Meisterstück, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg. (1/2014), S. 175–206; Eckhard Jesse, Nach allen Seiten offen? Der Ausgang der Bundestagswahl 2013 und mögliche Folgen für das Parteiensystem, in: Zeitschrift für Politik, 60. Jg. (4/2013), S. 374–392.

sozial, interessen- oder themenspezifisch eingegrenzten Wählerschaften. Gleichwohl wäre es verfrüht, schon eine Trendwende zu konstatieren, weil die keineswegs abgebrochenen politisch relevanten Individualisierungsprozesse in der Gesellschaft einem unilinearen Gegenteil eher entgegenstehen. Nichts spricht für eine Restabilisierung traditioneller Milieus – im Gegenteil. Orientierungen, die sich neu bilden, bleiben situationsabhängig, fragil und mobil. Sie fordern das Volksparteienkonzept heraus.

Abbildung 1: Entwicklung der Stimmanteile von Volks- und Kleinparteien 1949 bis 2013 (in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung.

Betrachtet wurde bisher die Entwicklung bei den klassischen Parlamentsparteien. Als absolutes Novum aufgrund des Scheiterns der FDP sowie der dynamisch aus dem Nichts gestarteten AfD (Alternative für Deutschland) an der Fünf-Prozent-Hürde, hat die Nichtberücksichtigung von 15,7 Prozent der Wählerstimmen bei der Mandatsverteilung ein problematisches Ausmaß erreicht. Immerhin legte das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung zur Wahlgesetzgebung nicht nur auf den gleichen Zähl-, sondern auch auf den gleichen Erfolgswert der Stimmen stets starkes

Gewicht.<sup>7</sup> Bei einer Nichtberücksichtigung dieses Umfangs (bei gleichzeitigem Zugewinn an Mandaten für die ins Parlament eingezogenen Parteien) könnte der gleiche Erfolgswert in Zweifel geraten, mit der dann unvermeidlichen Folge einer Diskussion über die Fünf-Prozent-Klausel. Für die Wahlen zum Europaparlament ist diese vom Gericht bereits verworfen worden, wenn auch im Blick auf die differierenden Funktionalitäten in Straßburg und Berlin und die daraus zu folgendernden unterschiedlichen Stabilitätsanforderungen.<sup>8</sup> In der Regel wird das Gerechtigkeitsargument allerdings überzogen und übersehen, dass zum Beispiel Mehrheitswahlssysteme in der Praxis erheblich höhere Sperrklauseln implizieren.<sup>9</sup>

b) Unter dem Dach der Bundesrepublik bestehen nach wie vor zwei Parteiensysteme: ein west- und ein ostdeutsches. Die Jahrzehnte der Teilung haben politisch-kulturelle Spuren und divergente politische Sichtweisen hinterlassen. Auch 2013 gab es ein ost- und ein westdeutsches Wahlergebnis, interessanterweise mit einem erheblich stärkeren Anstieg der Beteiligung im Osten als im Westen.

Signifikant bleibt die Stärke der Linken auf dem Gebiet der früheren DDR. In allen Bundesländern dort erreicht sie 20 Prozent plus x, trotz unübersehbarer Verluste im Vergleich zu 2009. Sie gewinnt dort sogar Direktmandate. Als Regionalpartei ist sie gleichsam eine CSU des Ostens. Nach wie vor konkurrieren dort drei größere Parteien, allerdings jetzt innerhalb eines im Vergleich zu 2005 und 2009 wieder breiter gewordenen Korridors. Dabei stagniert die SPD, die Linke verliert, die CDU steigt erheblich. Ist sie dabei, sich von der Konkurrenz abzusetzen und den Korridor zu verlassen? Bemerkenswert sind zudem zwei andere Ost-West-Differenzen: Die FDP verlor ihre parlamentarische Existenz im Osten. In den westlichen Bundesländern (Ausnahme Saarland) erreichte sie überall mehr als 5 Prozent. Andererseits hätte die AfD parlamentarische Existenz im Osten beinahe gewonnen: Überall (Ausnahme Sachsen-Anhalt) übersprang sie dort die Fünf-Prozent-Hürde, an der sie im Westen scheiterte. Obgleich

---

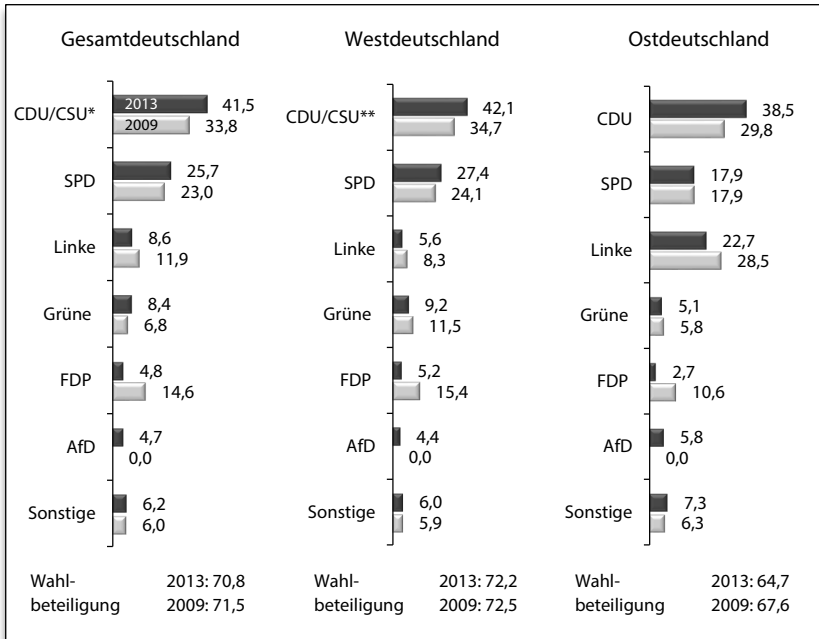
7 Vgl. BVerfGE 95, 335 (353f.) vom 10.04.1997; BVerfG, 2 BvF 3/11 vom 25.07.2012, Absatz-Nr. (1–164).

8 Vgl. BVerfG, 2 BvE 2/13 vom 26.02.2014, Absatz-Nr. (1–86).

9 Nicht zu übersehen ist, dass das neue von Karlsruhe wegen des »negativen Stimmgewichts« inspirierte Wahlgesetz »inkonsistent, widersprüchlich, ineffektiv« ist und der Novellierung harrt. Siehe Joachim Behnke, Das neue Wahlgesetz im Test der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg. (1/2014), S. 17–37, hier S. 17.

überwiegend als Protestpartei wahrgenommen, ist das Ostergebnis nicht auf Zuwanderung von rechtsextremistischen Parteien zustande gekommen, die in den ostdeutschen Problemgebieten (hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung) ihre im Bundesvergleich relativ vielen Wähler behielten.

Abbildung 2: Die Bundestagswahlen in West- und Ostdeutschland (in Prozent)



\* CDU 2013: 34,1 Prozent (2009: 27,3), CSU: 7,4 Prozent (2009: 6,5).

\*\* CDU 2013: 33,2 Prozent (2009: 26,7), CSU: 9,0 Prozent (2009: 7,9).

Quelle: eigene Darstellung / Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. September 2013, S. 13. Daten: Bundeswahlleiter.

c) Erneut gezeigt hat sich die hohe Volatilität der Wähler. Sozialstrukturelle und weltanschauliche Bindungen, beständig auf dem Rückzug, befestigen sich nicht wieder. Zum Beispiel hatte die CSU bei den Landtagswahlen 2008 in Bayern –17,3 Prozentpunkte eingefahren (2009 dagegen +4,3), die SPD 2009 beim Bundestag –11,9 Prozentpunkte (jetzt wieder +2,7). Aktuelle Bewegungen bleiben im Vergleich zu früher immer noch außergewöhnlich: CDU/CSU +7,8, FDP –9,8, CDU im Osten +8,7, Linke im Osten –5,8 Prozentpunkte; und insbesondere AfD aus dem Stand +4,7, im Osten